

## Ein Fall von Doppelmoral

Weniger Kontrollen: „Falschparker im Glück“, FR-Regional vom 3. April

Mit dem erhobenen Zeigefinger der moralisch Höherwertigen, der die Lektüre Ihres Blattes oft so unerquicklich macht, berichten Sie über Denunziantentum in der Coronakrise, in der Karikatur bemühen Sie Anklänge an die NS-Blockwarte, deren Denunziationen Menschen das Leben kosten konnten.

Seltsamerweise habe ich von Ihrer Redaktion noch kein Wort der Kritik gegenüber den Denunzianten vernommen, die unter dem Etikett „Abschleppgruppe“ Anzeigen gegen Frankfurter Falschparker erstatten. Mit ersichtlichem Wohlwollen begleitet ihre Redaktion die Aktivitäten dieser Personen, die sich von den Corona-Blockwarten nur in der Wahl des Themas, aber sonst weder in den Methoden noch in der Mentalität unterscheiden.

Ein Fall von Doppelmoral, wenn mich nicht alles täuscht, noch dazu ein ziemlich fragwürdiger: Blockwart gegen Falschparker: toll. Blockwart gegen Verbreiter lebensbedrohlicher Krankheitskeime: pfui.

Thomas Scheben, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Soziale Kontakte sind wie Medizin

Zu: „Bus und Bahn fahren meist wie sonntags“ und weitere Berichte zur Coronavirus-Pandemie, FR-Regional vom 31. März

### Übervolle Züge sind total am Problem vorbei

Man schaue sich morgens und abends die Straßenbahnen sowie U- und S-Bahnen an. Übervoll, Gedränge ohne Ende, keine Abstände, total am Problem vorbei. Wir nehmen Milliarden Euro in die Hand und lassen größte Ansteckungsgefahren in öffentlichen Verkehrsmitteln zu. Wer beschließt einen Unsinn?

Hans-Joachim Dohrendorf, Frankfurt

### Wir sollten rücksichtsvoll mit unserer Stadt umgehen

Überall hört und liest man vom Dank an die medizinischen Dienste, die jetzt unter großer Belastung für uns Bürger und Patienten arbeiten. Das ist völlig berechtigt! Aber mir scheinen vergessen all die „stillen“ Dienste im Hintergrund, die auch noch aufrecht erhalten werden: Müllabfuhr, Wasser- und sonstige Versorgungswerke, Reinigungspersonal, Zoll und Ordnungsamt, IT-Support der digitalen Infrastruktur, Mitarbeiter der Sozialdienste und Betreuer, Druckereien usw., auf die wir uns jetzt besonders verlassen.

Sollten wir - neben demonstrativer Würdigung - nicht auch

aufrufen, den Mitmenschen ihre Arbeit zu erleichtern, rücksichtsvoll und umsichtig miteinander, mit unserer Stadt und Umwelt umzugehen?

Wäre eine öffentliche Bitte möglich an Vermieter (auch an die Konzerne), ihre Ansprüche zeitweilig z.B. auf Netto-Kosten zu reduzieren angesichts von Kurzarbeit und geschlossenen Geschäften? Niemand sollte jetzt Wohnung oder Laden verlieren. Auch kleine Kommunen würden leiden, wenn es später noch mehr Leerstände und weniger Gewerbe gibt. Wenn schon die Buchläden geschlossen sind, könnte man eventuell verstärkt (FR-) Zeitungsabos „auf Zeit“ anbieten?

Ich freue mich über die vielen Ideen, nachbarschaftliche Solidarität und Ihre Berichte und Interviews - besonders aber heute über den Artikel zur Lage der Obdachlosen-Betreuung!

K.F., Frankfurt

### Weitere Einschränkungen wären nicht hinnehmbar

Auch ich mache mir natürlich Sorgen um meine eigene Gesundheit. Für Angst sehe ich allerdings keine Veranlassung, denn in meinem Alter (64) ist

voraussichtlich die Gefahr, an Krebs- oder Herz-Kreislauf-Krankheiten zu sterben, deutlich höher als durch das Coronavirus. Ich bin leidenschaftlicher Wanderer und Fahrradfahrer und nutze diese Aktivitäten insbesondere jetzt im Frühling auch aus medizinischen Gründen, um Depressionen und anderen Erkrankungen vorzubeugen oder diese zu behandeln. Sollte mir diese Medizin aber aufgrund einer noch strikteren Ausgangssperre genommen werden, müsste ich mich aufgrund von Notwehr gegen diese Anordnungen widersetzen.

So sollte bei der derzeitigen Maßnahmenhysterie auch beachtet werden, dass für viele Menschen soziale Kontakte eine solche lebensnotwendige Medizin darstellen, deren Verlust zu unkalkulierbaren gesundheitlichen Problemen führen kann. Eine womöglich sogar unbefristete Ausgangssperre, zumal aufgrund einer relativ geringen Gefahr, mag zwar in China leicht durchsetzbar sein, ich halte so etwas jedoch in einem freiheitlichen Staat grundsätzlich für menschenunwürdig.

Hans-Georg Becker, Frankfurt

**Diskussion:** [frblog.de/coronavirus](http://frblog.de/coronavirus)

## Gedenken an Vater des Euro

Zu: „Flughafen für Helmut Kohl“ FR-Regional vom 4. April

Was hat Helmut Kohl mit dem Rhein-Main-Flughafen zu tun? Nichts. Also kein Kohl-Flughafen.

Aber ja, warum sollte nicht ein Platz vor oder in der Nähe der EZB nach ihm benannt werden? Das wäre auf jeden Fall angemessen. Dann könnte sich jede/r, je nach persönlicher Einstellung zum Euro, immer wieder dran freuen oder drüber ärgern, auf jeden Fall aber an den „Vater des Euro“ erinnern.

Sigrid Weber, Frankfurt

### Verspäteter Aprilscherz

Für die sicher hochverdiente Würdigung eines überzeugten und überzeugenden Europäers zu dessen Geburtstag bin ich Claus-Jürgen Göpfert und der FR sehr dankbar. Bei der daneben platzierten Meldung „Flughafen für Helmut Kohl“ vermutete ich, dass sich die Redaktion bewusst oder versehentlich einen verspäteten Aprilscherz erlaubt oder geleistet hat. Die Kosten für die Straßen- oder Platz-Umbenennung könnten doch nur durch jüdische Vermächtnisse finanziert werden. Oder die Junge Union müsste eine Spenden-Aktion auf der Zeil durchführen.

Helmut Seipp, Hofheim

**Alle Leserbrief**e dieses Leserforums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht. Bitte lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200414](http://frblog.de/lf-20200414)

## Angemessener Protest muss sein!

Zu Eltz: „Gott sei Dank lebt jetzt der Diskurs wieder auf“, FR-Regional vom 1. April

Chapeau, Herr Stadtdekan! Sie haben mir in Ihrem Interview, abgedruckt am 1. April 2020, aus der Seele gesprochen. Keiner weiß in diesen Corona-Tagen, was richtig ist. Das Morgen war selten so wenig vorhersehbar wie in diesen Tagen. Sie, Herr Stadtdekan, schlagen vor, jeden Tag nach neuen Lösungen zu suchen. Dabei müssen viele Perspektiven und Wissenschaften eingebunden werden. Medizin und Wirtschaft alleine reichen nicht aus. Auch wenn schnell gehandelt werden muss, um die Epidemie einzudämmen und viele Tote zu vermeiden, braucht es in einer Demokratie konstruktiven Streit und Diskussionen über Alternativen.

Nichts ist alternativlos, auch jetzt nicht. Wo bleibt das kritische Potenzial unserer Gesellschaft?

Am Sonntag, dem 5. April 2020, hat es sich in Frankfurt und anderen Städten vielfältig gezeigt. Die Initiative „Seebrücke“ hat unter dem Motto „Leave no one behind“ dazu aufgerufen, eine Menschenkette im Abstand von zwei Metern zu bilden. Mit orangenen Rettungswesten und Transparenten wurde z.B. in Frankfurt ein sichtbares Zeichen gesetzt, damit die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln aufgelöst, die Menschen dort evakuiert und in andere europäische Länder gebracht werden.

Gut so. Die heutzutage viel beschworene - ja, und auch gelebte Solidarität - muss auch über Grenzen hinaus denken und handeln. Das Virus ist längst global, unsere Solidarität muss es auch sein. Doch das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist aktuell ausgesetzt - wegen eines Virus. Die Menschenkette - trotz Abstand - war verboten. Gut, dass sich zumindest einige nicht stillschweigend mit dem aktuellen Aussetzen des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit abgefunden haben. Angemessener Protest muss möglich sein. Das sind wir uns als vernunftbegabte Menschen schuldig.

Hildegund Niebch, Frankfurt

## Mit fairem Preis in die Gewinnzone

Coronakrise: „Frankfurts Oberbürgermeister fordert Verstaatlichung der Lufthansa“, FR.de vom 29. März

### Ganz ohne staatliche Subventionen

Die Idee von Herrn Feldmann, die Lufthansa zu verstaatlichen, sollte unbedingt weiter verfolgt werden. Warum nicht auch Fraport? Durch Subventionen und gewährte Vergünstigungen sind das Land und der Bund sowieso schon im Boot bzw. im Flugzeug.

Eine Verstaatlichung könnte einige Vorteile ergeben. Endlich hätte der Staat unter anderem die Möglichkeit, die Flugpreise fair zu gestalten. Würde man z.B. den Ticketpreis für einen Flug

nach Mallorca (einfacher Flug, 1200 Kilometer) an den RMV-Tarif für eine Fahrt von Hanau nach Frankfurt (einfache Fahrt 20 Kilometer, 6,90 Euro) anpassen, so müsste der Flug 414 Euro kosten. Bei diesem Preis könnten die Flugbetreiber ganz ohne staatliche Subventionen in die Gewinnzone fliegen und sogar die längst überfällige Kerosinsteuer zahlen.

Die sittenwidrigen Dumping-Fluglinien und damit auch das Terminal 3 braucht sowieso kein vernünftiger Mensch. Ganz nebenbei würden sich sicherlich

auch der Fluglärm und die Schadstoffemissionen reduzieren. Jeder, der fliegen will, darf auch gerne fliegen! Aber bitte mit Bedacht und zu fairen Konditionen.

Ich bin gespannt, ob sich der Frankfurter Oberbürgermeister mit seiner Idee gegen den (ehemals grünen) hessischen Wirtschaftsminister durchsetzen wird.

Achim Reh, Hanau

### Abgehobene marxistische Romantik

Was einen gelernten Sozialarbeiter dazu befähigt, sich zu volks-

und betriebswirtschaftlichen Fragen zu äußern, darf offenbleiben. Bisher hat sich der Mann durch Beiträge auf diesem Gebiet nicht hervor getan. Sein beruflicher Fokus lag wohl eher auf der Wohlfahrt der Arbeiterschaft. Auch seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Fraport AG macht ihn nicht automatisch zum Kenner der Luftverkehrswirtschaft.

Also darf man dessen diesbezüglichen Einlassungen ruhig in die Rubrik abgehobene, marxistische Romantik einsortieren.

Nikolaus Jöckel, Offenbach